

Frau Präsidentin
des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am September 2014
GZ. BMF-310205/0187-I/4/2014

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die an meinen Amtsvorgänger gerichtete schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2272/J vom 24. Juli 2014 der Abgeordneten Dr. Ruperta Lichtenecker, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1., 6., 11., 16. und 21.:

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass bei den nachstehend beschriebenen Maßnahmen im Bereich des Banken- und Kapitalmarktrechts keine Differenzierung nach bestimmten gesellschaftsrechtlichen Unternehmensformen getroffen wurde und daher die Maßnahmen für alle in der Anfrage angesprochenen Bereiche gleichermaßen zulässig wären.

Bereits im Zuge der Umsetzung der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Richtlinie) im Sommer 2013 wurden im Kapitalmarktgesetz nachstehende Maßnahmen zur Erleichterung der Finanzierung von Ein-Personen-Unternehmen (EPUs), kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) und Start-Ups beschlossen:

- Angebote von Wertpapieren oder Veranlagungen sind von der Prospektpflicht befreit, wenn der Gesamtgegenwert in der Union weniger als 250.000 Euro (gemessen über

einen Zeitraum von zwölf Monaten) beträgt. Vor der angesprochenen Novelle hat diese Grenze 100.000 Euro betragen.

- Zur Erweiterung der Möglichkeiten für die Finanzierung von Projekten, deren Größenordnung kapitalmarktfrem ist und bei denen daher eine Prospekterstellung unwirtschaftlich wäre, wurde eine neue Ausnahme von der gesetzlichen Prospektpflicht für das Angebot von Geschäftsanteilen an einer Genossenschaft geschaffen, wenn der Gesamtgegenwert 750.000 Euro (gemessen über einen Zeitraum von zwölf Monaten) nicht übersteigt. Dadurch werden bei Genossenschaften größere Emissionen als bisher ohne das Erfordernis einer Prospekterstellung ermöglicht. Die Rechtsform der Genossenschaft ist in besonderem Maße gerade für lokale und regionale BürgerInnenbeteiligungsmodelle geeignet und ermöglicht kostengünstige, einfache und rechtssichere Finanzierungsformen.

Mit der im Juli 2014 im Nationalrat beschlossenen Novelle des Alternative Investmentfonds Manager-Gesetzes wurde einerseits der Typus eines qualifizierten Privatkunden geschaffen, der unter Bedingungen auch professionellen Kunden vorbehaltene Alternative Investmentfonds (AIF) erwerben darf. Andererseits sind nunmehr Private-Equity-Dachfonds und AIF in Unternehmensbeteiligungen unter Wahrung eines ausreichenden Anlegerschutzes zum Vertrieb an Privatkunden zugelassen.

Es darf auch auf die bereits 2013 beschlossene EU-Verordnung 345/2013 über europäische Risikokapitalfonds (European Venture Capital Funds – EuVECA-VO) hingewiesen werden. Diese Verordnung sieht einen einheitlichen europäischen aufsichtsrechtlichen Rahmen für Venture-Capital-Fonds vor, die vorwiegend Eigenkapital für zumeist kleine Unternehmen bereitstellen.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung werden Bundeshaftungen dazu verwendet, bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten zu fördern. Unmittelbarer Zweck der Haftungsübernahme ist dabei die Erleichterung der Finanzierung der betreffenden wirtschaftlichen Aktivitäten. In diesem Bereich der Wirtschaftsförderung ist insbesondere die Schadloshaltung der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH zu nennen, die mit ihren Garantien günstige

Kreditaufnahmen ermöglicht. Die gemäß § 1 und § 11 Garantiesetz vom Bundesministerium für Finanzen erlassenen Garantierichtlinien geben hierbei die wesentlichen Kriterien der Garantievergabe vor, wobei keine Differenzierung nach bestimmten gesellschaftsrechtlichen Unternehmensformen getroffen bzw. Größenmerkmale vorgegeben werden. Anfang Juli 2014 wurden diese Garantierichtlinien neu erlassen und damit erwirkt, dass weiterhin dieses Instrument der Wirtschaft zur Verfügung steht. Hinzuweisen ist neben der Beibehaltung der bisherigen Förderkriterien auf die Aufnahme der im Regierungsprogramm geforderten „Second Chance“, womit ein unternehmerisches Scheitern kein Ausschlusskriterium für eine nochmalige Antragsfähigkeit ist, sowie auf die Möglichkeit eines reduzierten Haftungsentgelts bei einer Kofinanzierung mit anderen Risikoträgern.

Zu 2. bis 4., 7. bis 9., 12., 14., 17. bis 19. und 22. bis 24.:

Wie den bisherigen Ausführungen zu entnehmen ist, wurden bereits wesentliche Maßnahmen zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Finanzierung für Unternehmen im Sinne des Regierungsprogramms 2013 bis 2018 gesetzt. An zukünftigen Maßnahmen ist insbesondere die Schaffung einer „Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft neu“ (siehe hierzu auch die Beantwortung zu Frage 13.) zu nennen, um gerade KMUs und Start-Ups den Zugang zum Kapitalmarkt zu erleichtern und so die Möglichkeit zu gewährleisten, die Kapitalbasis der Unternehmen wesentlich zu stärken.


Zu 5., 10., 15., 20. und 25.:

Abwicklungsstelle im Bereich der Garantievergaben ist die Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH.

Zu 13.:

Da im Regierungsprogramm 2013 bis 2018 die Schaffung einer „Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft neu“ insbesondere zur Unterstützung von Start-Ups vereinbart wurde, ist mit der Setzung entsprechender Maßnahmen bis spätestens 2018 zu rechnen. Die Umsetzung soll sich am bisherigen § 6b Körperschaftsteuergesetz (KStG) orientieren und den europarechtlichen Vorgaben zum Beihilfenrecht entsprechen.

Der Bundesminister:
Dr. Schelling
(elektronisch gefertigt)

| | | |
|---|--|--|
|  | Prüfhinweis | Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://amtssignatur.brz.gv.at/ |
| | Datum/Zeit-UTC | 2014-09-24T17:43:25+02:00 |
| Unterzeichner | serialNumber=129971254146,CN=Bundesministerium für Finanzen, C=AT | |
| Signaturwert | JNu6DL7PedtKGUWKnxCZF3e0eBXiWEVf9GWCXcKoIVYRyj0CrIZvBD9y2CfmCwb NnF6bHGj3W5NgPmb11KDTfZgYmLDwmbcv59xS1mv1jC6liyRM6eBMi3o5e+/+rO f7T/dvynujWcwfQrbWrTH12jaVTE3gbp/TF5Lyn6mSK+yl+Eknd0FMgjCooqi1D MZG377j3qJiKcw1laCgBvscWph6xGOExdM7Dya00LvTdEJKLgOQgl/jxmUnct+5 RgH1IxD/Mv4V+Z2V2bv+iJDwuUyWSeV858AY3Cs+0YY6gJvAsXRtqfeAdfkl2X6 24Gaz/r1CYzUbEoljqej0tG/U3Q== | |
| Aussteller-Zertifikat | CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A- Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH, C=AT | |
| Serien-Nr. | 956662 | |
| Dokumentenhinweis | Dieses Dokument wurde amtssigniert. | |